

**Tagesordnung I Punkt 8 der öffentlichen Sitzung am 06. Mai 2009**

Vorlagen-Nr. 09-F-01-0030

**Zahlungsverpflichtungen der Kommunen im Länderfinanzausgleich  
-Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 10.03.2009-**

In der Koalitionsvereinbarung auf Landesebene steht, dass das Land „die aus den Gewerbesteuererinnahmen der Kommunen enthaltenen Nettozahlungsverpflichtungen des Landes im Länderfinanzausgleich mit den einzelnen Kommunen spitz abrechnen“ will. Während die Stadt Frankfurt dagegen bereits protestiert hat, wollte der Wiesbadener Oberbürgermeister sich erst noch genauer über die Planungen des Landes informieren.

In diesem Zusammenhang wird der Magistrat gebeten zu berichten,

- ob er inzwischen abschätzen kann, welche Belastungen durch die Umsetzungen der Koalitionsvereinbarung auf die Landeshauptstadt zukommen würden?
- über welche Informationen er inzwischen hinsichtlich der Planungen der Landesregierung verfügt?
- ob er Kenntnis darüber hat, dass die Landesregierung an der Umsetzung der Vereinbarung festhält?
- ab wann die Kommunen bei einer Umsetzung der Vereinbarung zusätzliche Zahlungen zu erwarten hätten?

---

**Beschluss Nr. 0195**

Der mündliche Bericht des Oberbürgermeisters wird zur Kenntnis genommen.  
Die Zusage, bei neuen Erkenntnissen dem Ausschuss erneut zu berichten, wird ebenfalls zur Kenntnis genommen.  
Der Magistrat wird gebeten, den Fraktionsgeschäftsstellen das Gutachten des Städtetages zur Verfügung zu stellen.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .05.2009

Horschler  
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .05.2009

Dem Magistrat  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Thiels  
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat  
- 16 -

Wiesbaden, .05.2009

Dezernat I  
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Dr. Müller  
Oberbürgermeister